

Verordnung der Wiener Landesregierung zum Gesetz zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Wien (WMG-VO)

Fundstellen der Rechtsvorschrift		
Datum	Publ.Blatt	Fundstelle
31.08.2010	LGBI	2010/39
04.02.2011	LGBI	2011/03
11.04.2011	LGBI	2011/09
27.01.2012	LGBI	2012/03
06.02.2013	LGBI	2013/07
25.02.2014	LGBI	2014/08

Auf Grund der §§ 8 Abs. 4, 9 Abs. 3, 11 Abs. 2 und 17 Abs. 3 des Gesetzes zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Wien (Wiener Mindestsicherungsgesetz – WMG), LGBI. für Wien Nr. 38/2010, wird verordnet:

§ 1.

Mindeststandards, Grundbeträge zur Deckung des Wohnbedarfs und Geringfügigkeitsgrenze

- (1) Für volljährige alleinstehende Personen und volljährige Personen, die mit anderen volljährigen Personen in Wohngemeinschaft leben, und für volljährige Personen, die ausschließlich mit Personen nach § 7 Abs. 2 Z 3 oder Z 4 WMG eine Bedarfsgemeinschaft bilden, beträgt der Mindeststandard EUR 813,99.
- Dieser enthält folgenden Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfs:
- a) für volljährige Personen, soweit sie nicht unter lit. b fallen EUR 203,50;
 - b) für Personen, die das Regelpensionsalter erreicht haben, oder für auf die Dauer von mindestens einem Jahr arbeitsunfähige Personen EUR 109,88.
- (2) Für volljährige Personen, die mit anderen volljährigen Personen in einer Bedarfsgemeinschaft gemäß § 7 Abs. 2 Z 2 WMG leben, beträgt der Mindeststandard EUR 610,49.
- Dieser enthält folgenden Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfs:
- a) für volljährige Personen, soweit sie nicht unter lit. b oder c fallen EUR 152,62;
 - b) für Personen, die das Regelpensionsalter erreicht haben, oder für auf die Dauer von mindestens einem Jahr arbeitsunfähige Personen, wenn sie mit Personen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, in der Bedarfsgemeinschaft leben EUR 82,42;
 - c) für Personen, die das Regelpensionsalter erreicht haben, oder für auf die Dauer von mindestens einem Jahr arbeitsunfähige Personen, wenn bei mehr als einer Person der Bedarfsgemeinschaft diese Voraussetzungen vorliegen EUR 54,94.
- (3) Für volljährige Personen mit Anspruch auf Familienbeihilfe gemäß § 7 Abs. 2 Z 4 WMG und für volljährige Personen bis zum vollendeten 21. Lebensjahr ohne Einkommen oder mit einem Einkommen bis zu einer Geringfügigkeitsgrenze gemäß § 7 Abs. 2 Z 4 WMG beträgt der Mindeststandard EUR 407,00.
- Dieser enthält einen Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfs in der Höhe von EUR 101,75.
- (4) Für minderjährige Personen gemäß § 7 Abs. 2 Z 3 WMG beträgt der Mindeststandard EUR 219,78.
- (5) Die Geringfügigkeitsgrenze beträgt EUR 395,31.

§ 2.

Mietbeihilfenobergrenzen

- (1) Die Mietbeihilfenobergrenzen betragen:
- 1. bei 1 bis 2 Bewohnerinnen oder Bewohnern EUR 304,22
 - 2. bei 3 bis 4 Bewohnerinnen oder Bewohnern EUR 318,96
 - 3. bei 5 bis 6 Bewohnerinnen oder Bewohnern EUR 337,91
 - 4. ab 7 Bewohnerinnen oder Bewohnern EUR 355,80
- (2) Die Mietbeihilfenobergrenzen beinhalten den jeweiligen Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfs.

§ 3.

Einkommensfreibeträge

- Als Einkommensfreibetrag ist zu berücksichtigen
- a) bei einem Einkommen bis zur Geringfügigkeitsgrenze von EUR 395,31 EUR 60,00
 - b) bei einem Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze von EUR 395,31 EUR 135,00

**§ 4.
Vermögensfreibetrag**

Als Vermögensfreibetrag sind EUR 4.069,95 zu berücksichtigen.

**§ 5.
Taschengeld**

Das Taschengeld gemäß § 17 Abs. 3 WMG beträgt EUR 122,10.

**§ 6.
In-Kraft-Treten**

Die Verordnung tritt mit 1. September 2010 in Kraft.